



# »Reflexe und jämmerliche Stereotypen«

**Warum Peter Krause  
keine Chance hatte,  
Kultusminister in Thüringen  
zu werden**

**M**it einer perfiden Kampagne gegen den thüringischen CDU-Politiker Peter Krause ist es einem denkwürdigen Bündnis aus Linkspartei, SPD, Grünen und NPD (!) gelungen, den Landtagsabgeordneten als Kultusminister zu verhindern. Dabei hatte Krause nie etwas Anstößiges getan, gesagt oder geschrieben. Krause hatte lediglich vor zehn Jahren für die Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ gearbeitet, für die schließlich auch frühere leitende Redakteure von „FAZ“ und „WELT“ schreiben.

Wahrscheinlich war der Linkspartei Krauses DDR-Vergangenheit ein Dorn im Auge. Wegen eines Ausreiseantrags wurde er 1988 im Arbeiter- und Bauernstaat vom Studium ausgeschlossen und als Journalist des „Thüringer Tageblatt“ entlassen. Zudem gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des oppositionellen Neuen Forums in Jena.

Die Kampagne gegen Peter Krause hat sich damit nahtlos in die allseits bekannten politischen Ränkespiele eingereiht, bei denen

mit Totschlagsargumenten unliebsame konservative Politiker in „braune Tunke“ getaucht und mit der Faschismuskeule geprügelt werden. So warf Thüringens Grünen-Chefin Rothe-Beinlich dem CDU-Mann vor, in einem Interview den Begriff „Schuldmetaphorik“ verwendet zu haben, obwohl Krause mit Blick auf die Verschwörer des 20. Juli von einer „historischen Schuldmetaphysik“ gesprochen hatte. Der SPD-Vorsitzende Christoph Matschie entblödete sich daraufhin nicht, zu behaupten, Krause habe damit „die Verantwortung für den Holocaust relativiert“. Prompt schlagzeilte der MDR: „Matschie wirft Krause Relativierung des Holocaust vor.“

Damit war die Messe für den bis dato untadeligen Literaturwissenschaftler gesungen. Krause war für die Protagonisten des Gutmenschentums nicht mehr tragbar. Das Magazin „Focus“ sprach danach von einem „Festival der Selbstgerechtigkeit“ und die „FAZ“ gar von der „Diktatur der Anständigen“.

Über die Hintergründe der medialen wie politischen Intrige sprach Peter Krause mit Joachim Schäfer.

**In einem Gespräch mit dieser Zeitschrift sagte Steffen Heitmann – einst CDU-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten –, er sei der irrigen Ansicht gewesen, durch die friedliche Revolution 1989 mit der Wiedervereinigung auch die Meinungsfreiheit erstritten zu haben. Und er habe erst zu spät gesehen, „dass es im Westen eine wirkliche Meinungsfreiheit nicht gibt“. Sie hätten also vorgewarnet sein müssen. Nicht ohne Grund wirft Ihnen der *Bild*-Kolumnist Nicolaus Fest Naivität vor, weil Sie – so seine Worte – glauben, in diesem Land herrsche so etwas wie Meinungsfreiheit...**

In der Tat hätte ich gewarnt sein müssen, und im Nachhinein betrachtet darf ich mir einerseits Blauäugigkeit vorwerfen lassen, weil ich das Getriebe jener politischer Mechanismen geraten bin, die ich selbst beschrieben und analysiert habe, zuletzt in einem Essay über unsere „Rhetorische Kultur“. Andererseits wollte ich mich im Verlauf der Kampagne in die Schablonen gerade nicht pressen lassen, also auch gängige Sprachspiele nicht mitspielen und Rituale nicht vollziehen. Es ging mir darum, halbwegs authentisch zu bleiben und also weiterhin unangepasst zu reden, auch wenn das nicht allen Erwartungen entsprach. Ich hoffte, dass irgendwann die unglaubliche Diskrepanz zwischen dem Gegenstand und der Erregung deutlich werde. Und keineswegs unmaßgebliche Teile der überregionalen Medien, ich nenne beispielhaft *Focus*, *F.A.Z.*, *N.Z.Z.*, *Die Welt*, haben das klar erkannt und in absoluter Deutlichkeit kommentiert. Leider etwas zu spät. Politische Korrektheit, eine Art moralische Nebenverfassung von selbsternannten Gesetzgebern, ist eine Bedrohung für den bürgerlichen, toleranten und freiheitlichen Staat, weil sich am Ende an dessen Stelle ein dauererregter Gesinnungsstaat setzt, weil unlegitimierter Zensur den demokratisch offenen Prozess der Meinungsbildung hemmt. Nun habe ich selbst erlebt, wie ungeniert hart und unreflektiert die Deutungshoheit verteidigt wird. Kalt getroffen hat mich die Aggressivität der Kampagne, die bis ins Persönliche reichte. Es wurde sogar behauptet, an tatsächlichen Attacken gegen meine Familie und mich sei ich selbst schuld, weil ich nicht auf das Amt des Kultusministers verzichten würde. Verkehrte Welt. Oder: die Linkspartei hat eine umfangreiche Akte über mich angelegt, ohne irgendetwas Rechtsextremistisches, Antisemitisches, Ausländerfeindliches vorweisen zu können. Nicht eine zu inkriminierende Zeile! Aber darum geht es nicht in Schauprozessen. Der demagogische Duktus des linken Dossiers erinnert mich im Übrigen an meine kruden Stasi-Akten.

**Nachdem der SPD-Vorsitzende Christoph Matschie Ihnen ohne textliche Grundlage vorgeworfen hatte, den Holocaust zu relativieren, unternahm der SPD-Politiker nichts, um eine weitere Entstellung seiner Worte zu verhindern?**

Ich hatte den SPD-Vorsitzenden Matschie persönlich geschätzt. Insofern war ich von seiner kenntnislosen und böswilligen Aussage, eine Verdrehung des Sinns, eine Ausblendung des Kontextes, durchaus irritiert. Es reicht offenkundig heute, irgendetwas zu behaupten: Wenn es zu passen scheint, wie einfältig und denunziatorisch auch immer, wird es veröffentlicht. Unserer Demokratie nutzt solche Kritiklosigkeit der veröffentlichten Meinung freilich wenig.

**Hat sich Matschie inzwischen bei Ihnen entschuldigt?**

Nein. Der politische Umgang auf unfairem, niedrigstem Niveau deutet darauf hin, was im Thüringer Landtagswahlkampf 2009 auf

uns zukommen wird. Der SPD-Bundesvorsitzende Beck, bekanntlich nicht immer auf der Höhe der Anforderungen, hat jüngst noch einmal gegen mich nachgelegt und die gesamte inhaltliche Dürftigkeit der Pseudodebatte offenbart. Es wird 2009 auf der anderen Seite nicht um Argumente gehen, sondern um populistische Skrupellosigkeit. Die Causa Krause war lediglich ein Vorspiel.

**Als Gründungsmitglied der DDR-Bürgerrechtsbewegung „Neues Forum“ in Jena ist es verständlich, dass Sie den einstigen Stasi-Leuten ein Dorn im Auge sind.**

Das ist nur ein Aspekt. Die Stasi diente und dient auch dazu, um von den eigentlich politisch Verantwortlichen in der DDR abzulenken. Sicher, viele meiner Gegner kommen mit meiner Biografie nicht klar, schon gar nicht mit den Brüchen und Widersprüchen, die eigentlich keine sind. Ich gehöre zur politischen 89er-Generation, bevorzuge einen ungemein transparenten und durchaus selbstkritischen Politikstil sowie eine entsprechende „offene“ politische Sprache. Insofern spielte sich auch ein Streit zwischen 89-ern einerseits, der 68er-Schickeria und ihren späten im westlinken Milieu dogmatisch sozialisierten Adepten andererseits ab. Wir haben zu manchen Begriffen ein unverkrampfteres Verhältnis, etwa zur Nation. Und Freiheit ist uns mehr als eine Floskel für Wohlstand, weil wir das Gegenteil kennen. Also kurz: Die Kampagne gegen mich und die Thüringer Union hat mehrere Ebenen. Und es ging nicht nur um Politik, sondern auch um Machtansprüche. Offenbar sahen manche in Thüringen und Weimar, die sich nett eingerichtet haben in ihren unendlich wichtigen Positionen, Probleme mit einem Kultusminister, der selber Diktatur- und Oppositionserfahrung hat.

**Zwischen den Zeilen klingt heraus, dass Sie auch Schwierigkeiten im eigenen Lager hatten.**

Das täuscht. Die CDU-Landtagsfraktion stand geschlossen hinter mir. Ebenso mein CDU-Kreisverband in Weimar. Auch darüber hinaus durfte ich, auch und gerade in meiner Stadt, eine enorme Solidarität erfahren, sogar aus anderen politischen Lagern. Das gab mir Sicherheit, und ich vermute, in meinem Wahlkreis hat mir die Kampagne keineswegs geschadet, im Gegenteil. Viele erkannten, dass die Verhältnismäßigkeit in der teilweise politisch feigen und publizistisch grenzwertigen Kampagne überhaupt nicht gegeben war. Die CDU hatte aber wohl das Problem, dass sie auf die unausdeutbare Aggressivität der Kampagne nicht vorbereitet war, und grundsätzlich: dass die Union dem, was man in Deutschland irrtümlich noch intellektuelle Debatte nennt, eher ausweicht, weil man sich mit Argumenten gegen halbgebildete Infamie nicht wehren kann, wenn sie den Mainstream gibt. Oder mit Luther gesprochen: „Wer mit dem Scheißdreck rammelt, er gewinne oder verliere, er geht beschissen davon.“ Gleichwohl müssen wir daraus lernen. Die deutsche Linke ist intellektuell am Boden, sie führt Diskurse nur noch mit Nostalgie, spießigen Unterstellungen und gegenrealistischer Hypermoral. Es gab über mich oder mit mir eigentlich keine Debatte, sondern eine von meinen Texten losgelöste ideologisierte Kampagne, die von bloßen Reflexen und jämmerlichen Stereotypen geprägt war. Die meisten, die über mich urteilten, hatten keine einzige Zeile von mir gelesen. ►

**Bei dem Kesseltreiben gegen Sie wurden nicht nur Angriffe von Linkspartei, SPD, Grünen geführt, sondern auch die NPD hat mitgemischt. Ein merkwürdiges Bündnis! Zeichnen sich da neue politische Konstellationen ab? Auch in der Arbeitsmarktpolitik liegen NPD und Linkspartei doch gar nicht so weit auseinander...**



Mit Peter Krause sprach Joachim Schäfer

Zwischen NPD und Linkspartei gibt es bekanntlich politisch-inhaltliche Überschneidungen im extremistischen Bereich. Ich darf etwa an die so genannte „Hufeisentheorie des Extremismus“ erinnern. Da ich, wenn mir diese Selbsteinschätzung erlaubt ist, zu extremistischen Parteien sowohl intellektuell, habituell, überhaupt politisch das Gegenstück bilde, mich nämlich jeder Ideologie, also jeder Verfestigung von Weltbildern, soweit wie möglich verweigere, überraschen mich gewisse Gemeinsamkeiten nicht. Das Gegenteil von „rechts“ und „links“ in einer Demokratie ist extremistisch. Und die Aufgabe ist, ein Gespür dafür zu entwickeln, wann Freiheit gefährdet ist, wann der Opportunismus beginnt. Ich meine, die 89-er haben dafür eine feine politische Sensorik, und dafür werden wir nicht von allen geliebt. Michael Klonovsky hat geschrieben: „Ich komme aus der DDR, das könnte möglicherweise heißen: Ich komme aus der Zukunft.“ Ein Satz mit einer mindestens doppelten Bedeutung.

**Bodo Ramelow von der Linkspartei hat die Marschrichtung vorgegeben: „Wir werden uns um die Krauses kümmern.“ Lässt da der Staatsterrorismus der SED grüßen?**

Ramelow ist ein Gewerkschaftsfunktionär aus dem Westen. Er ist ein typischer, gefährlicher Demagoge, der andere Meinungen nicht gelten lassen kann. In der *F.A.S.* hieß es in einem Kommentar über die „Diktatur der Anständigen“, die hässliche Fratze des linken Radikalismus, wie sie jetzt in Thüringen zu sehen war, habe klargemacht, dass der konservative politische Gegner vernichtet werden solle. In der Tat erinnern Ramelows Worte an das totalitäre Denken und Handeln der SED. Ein Gesinnungsfeldzug kennt auch heute keine Gefangenen.

**Glauben Sie, dass Ihre Berufung zum Kultusminister Thüringens ein Problem gewesen wäre, wenn Sie zu Zeiten der DDR als Stasizuträger gearbeitet hätten oder wenn Sie, wie Joseph Martin Fischer, mit Steinen auf Polizisten geworfen oder wie Rudi Dutschke zum „bewaffneten Kampf gegen die Bundesrepublik“ aufgerufen hätten?**

Peter Krause: Natürlich hätte ich, um auf ihre rhetorische Frage ernst zu antworten, mit einer Fischer- oder militanten Tritin-Biografie in der CDU keine Karriere machen können. Bei den Grünen durchaus und bei der Linkspartei, die sich eine bunte Fassade zugelegt hat, um das ergraute Dunkelrot zu verstecken, mit Sicherheit. Ich darf darauf hinweisen, dass es hier in Thüringen bei der Linkspartei so genannte „parlamentsunwürdige Abgeordnete“ gibt, deren Stasitätigkeit nachgewiesen ist, die von ihrer Fraktion jedoch mehr als nur geduldet werden. Und diese Leutchen hatten vor, sich bei meiner Vereidigung umzudrehen...

**Eckhard Fuhr umschrieb bereits im Jahr 2003 den politischen Alltag in Deutschland wie folgt: „Der Rufmord ist ein alltägliches und weithin toleriertes Mittel im ‚Kampf gegen rechts‘, und in diesem Kampf tanzt auch die politische Mitte ungeniert nach linken Pfeifen“. Fühlen sich von der politischen Mitte, also von der CDU, letztendlich nicht doch in Stich gelassen?**

Über die Unterstützung hier in Thüringen kann ich mich – wie gesagt – alles andere als beklagen. Die Unterstützung aus Berlin hätte lauter sein können. Wenn sich SPD und Grüne auf Bundesebene zu meinem Fall äußern, wäre es hilfreich gewesen, wenn sich auch die Bundes-CDU zu Wort gemeldet hätte. Und was ausblieb, war – von Ausnahmen abgesehen – intellektueller und akademischer Flankenschutz. Die Angst war wohl zu groß, von den Hysterikern in den Gräben geschossen zu werden. Die Kampagne erreichte so schnell ein Niveau des verbalen Totschlags, auf dem ich mich argumentativ nicht mehr wehren konnte. Aber noch einmal: Leider ist die CDU auf den Streit um politische Begriffe nicht angemessen vorbereitet. Es herrscht die Meinung vor, man könne mit erfolgreicher Sachpolitik und gestützt auf einen traditionellen Konservatismus, Wahlen gewinnen. Das wird nicht dauerhaft funktionieren: Wer die Begriffe nicht mitdefiniert, ist auch politischen Stimmungen ausgeliefert.

**Werden Sie sich bei der nächsten Landtagswahl wieder um ein Mandat bemühen?**

Natürlich werde ich vor meinen Kreisverband und die Bürger meines Wahlkreises treten und darum bitten, mich wie 2004 direkt in das Thüringer Parlament zu wählen. Ich habe erklärt, dass der Rückzug von der Ernennung zum Kultusminister für mich eine Rückkehr in die eigentliche Politik ist. Ich möchte nicht nur das fortsetzen, was ich angefangen habe: Mich für meine Stadt Weimar sowie für die Kultur-, Wissenschafts- und Bildungspolitik in und für Thüringen einzusetzen. Ich werde stärker als jüngst die publizistische Auseinandersetzung suchen, um zu verhindern, dass Thüringen von einem westdeutschen Sozialisten regiert wird. Denn weil die Linke argumentativ ruiniert ist, lebt sie bequem von Denkverboten. Seit Jahren geht von ihr kein freiheitlicher Impuls mehr aus, politisch ist sie erfolgreich, weil sie immer unverblümter populistisch agiert. So hat sie die historische Niederlage von 1989 geschickt überspielt. Widerstand gegen die inquisitorische Borniertheit allerdings ist nicht ungefährlich. Wir müssen aufpassen, dass die freie politische Kultur, die wir vor bald 20 Jahren erstritten haben, nicht begraben wird.

**Was kann der einzelne konkret tun, um der allgemeinen Entwicklung hin zu intellektueller Intoleranz, Political Corectness genannt, entgegenzuwirken?**

Sich die unbedingte Freiheit des Denkens und wenigstens die relative Souveränität des politischen Tuns bewahren, sich den Vorurteilen und ideologischen Sicherheiten, den Ritualen und gängigen Meinungen entziehen – und das ist keineswegs einfach. Und: angstfrei handeln. ■